

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 19. Dezember.

Sonntagsplauderei.

Er kommt immer näher, der Weihnachtsmann Er sieht schon so nahe am Tore, daß man für nichts mehr Interesse hat, als für ihn. Selbst der Tod des alten Königs Leopold von Belgien hat die Gemüter nicht weiter erregt. Zuvor zwar, wenn es nicht aktuell war, sind die Herren über den alten Herrn mit dem weißen Bart in Wallung geraten. Da haben sie geschimpft über „diesen Don Juan, der sich seiner Pflicht nicht bewußt ist und der weder als König noch als Familienname taugt“. Jetzt vermag selbst der Tod dieses interessanten Königs und der Streit seiner Erben keinen sonderlichen Eindruck zu machen. Einzig und allein Weihnachten, der Gedanke an Weihnachten beschäftigt groß und klein, arm und reich.

Heute soll für die Geschäftslente die Hauptrolle sein; heute ist der goldene Sonntag, wo ihnen — der Name sagt's — das gleißende Gold in die Kasse strömen soll. Wird der Segen kommen, werden die Erwartungen befriedigt werden? Schon hört man hier und da klagen: „s ist kein Gel. unter den Leuten. Sie kommen zwar zu Haus und schauen und staunen und bewundern, aber mit dem Kaufen hapert.“

Was den Sommer und Herbst hindurch unser politisches Leben beherrschte, wirft vielfach seine dunkeln Schatten auch auf das Weihnachtsgeschäft: die Finanzreform, die neue große Last, die jeden einzelnen Hausbau aufgeladen ward, macht manchen zurückhaltend. Nun, der heutige Sonntag und die nächsten letzten Tage vor dem Feste werden ja wohl noch allerlei nachholen. Da gibt doch noch mancher sparame Hausvater seinen Herzen ein Rud und denkt: es ist ja nur alle Jahre einmal Weihnachten, und stellt einen Nachtragset auf, worin er noch manchen Wunsch, den er zuerst nicht zu erfüllen geneigt war, einreißt.

Der Rücktritt des Stadtrats Krahrner

hat in der Bürgerfäch begreifliches Aufsehen erregt, und man distanziert, namentlich auch in Stadterordnetenkreisen über die Gründe, die diesen Schritt veranlaßt haben. Das Magistratsorgan bringt in seiner neuesten Nummer einige Zeilen, worin sie die Verdienste des Herrn Dr. Krahrner anerkennt, im übrigen aber keine Aufklärung über die Motive der auffallenden Demissionierung gibt. Nur die „Saalezeitung“ soll nicht Recht haben: „Wenn die „Saalezeitung“, so heißt es in der Notiz, die Tatsache der Amtsniederlegung zu Ausfällen gegen den Oberbürgermeister Dr. Krone denkt, so hat sie damit kaum den Wächsten des Herrn Dr. Krahrner entprochen, und am allerwenigsten dessen Interessen wahrgenommen, was schon daraus hervorgeht, daß wohl sämtliche Mitglieder des Magistrats in diesem Falle ganz auf der Seite des Oberbürgermeisters stehen.“

Die Notiz verrät mehr als der Offiziöus sagen wollte. Sie bestätigt, daß Differenzen zwischen dem Oberbürgermeister und dem Scheibenden zu jenem ganz ungewöhnlichen Entschluß geführt haben; aber „in diesem Fall“, so meint der Offiziöus, geben wohl sämtliche andern Magistratsmitglieder dem Oberbürgermeister recht. Tatsache ist auch nach der offiziösen Notiz, daß zwischen zwei Mitgliedern unseres Magistrats ein Konflikt ausgebrochen ist, der den einen — und zwar den, der unseugbar in der Bürgerfäch die größeren Sympathien besitzt, zu dem außerordentlichen Schritt der Amtsniederlegung veranlaßt hat. Tatsache ist aber auch, daß die Bürgerfäch und ihre Vertreter, die voll Vertrauen den nunmehr Ausgeschiedenen in das Magistratskollegium berufen und ihr Vertrauen gerechtfertigt fanden, ein Recht haben, nach den Gründen des Austrittes zu fragen. Unserer Ansicht nach haben sogar unsere Stadterordneten die Pflicht, am morgigen Montag öffentlich eine solche Frage zu stellen, ohne daß sie sich damit von vornherein irgendwie für den einen oder für den andern der Beteiligten festlegen. Die Antwort, die pflichtgemäß vom Magistratsfäch zu erfolgen hat, wird dann erweisen, ob eine Welpredung der Angelegenheit oder gar eine Parteinahme nötig ist.

Ein Eingriff in die Selbstverwaltung.

Unsere Sparkassen.

In Nr. 667 der volkswirtschaftlichen Zeitschrift „Die Sparkasse“ vom 15. Dezember cr. befindet sich folgende aufsehenerregende Notiz:

Den Kommunal-Sparkassen wird, wie wir erfahren, neuerdings seitens der Regierung die Annahme eines allgemeinen Normalstatuts nahegelegt und ein gewisser Zwang zur Annahme

deshalb soll dadurch ausgedrückt werden, daß Änderungen der bisherigen Sparkassenstatuten in Zukunft nicht mehr genehmigt werden sollen.

Als besonders einschneidende Bestimmung des Normalstatuts tritt das Verbot des Geschäftsvortrets mit privaten Bankeinstituten hervor. Es soll den Sparkassen in Zukunft nur noch der Geschäftsvortret mit der Reichsbank, der Preussischen Seehandlung, der Preussischen Zentral-Gesellschaftsstatute und den Landesbanken bzw. Landesreditkassen gestattet sein. Die Bewegungsfreiheit der Kommunal-Sparkassen erklärt dadurch eine weitere nicht unerhebliche Beschränkung, ohne daß irgend ein Vorteil für sie daraus ersichtlich wäre. Der nicht zu unterschätzende Nachteil dieser Bestimmung für die Sparkassen besteht darin, daß sie der Möglichkeit beraubt werden, ihre Gelder, besonders solche, die ihnen nur vorübergehend zur Verfügung stehen, unter Ausnutzung der jeweiligen Geldmarktlage möglichst vorteilhaft anzulegen. Während augenblicklich geschickt geleitete Sparkassen ihre flüssigen Gelder berliegenden Bank zur Verfügung stellen, die ihnen die höchsten Zinsen bietet, werden sie sich in Zukunft mit dem naturgemäß niedrigsten Zinsfuß der Landesbanken, welche bereits jetzt, wo ihnen die Sparkassengelder noch so zahlreich zufließen, fast ausschließlich als Geldgeber auftreten, begnügen müssen.

Ferner sind die Kassen dann in Zukunft auch noch in der jederzeitigen Verfügung über ihre Gelder beschränkt, weil bei den Landesbanken ein der Verfügung teils eine Kündigung vorangehen muß, während selbst größere Summen bei den Banken ohne Kündigung sofort zu haben sind.

Welche Gründe die Regierung zu dieser neuesten Maßnahme bestimmen, ist nicht ohne weiteres zu erkennen, es sei denn das Bestreben, den Landesreditkassen, welche besonders im Osten mit Vorliebe Befehlungen des ländlichen Grundbesitzes vornehmen, auf Kosten der Sparkassen möglichst billige Gelder zuzuführen.

Man sieht aus Vorstehendem wieder einmal, wie die Regierung ständig befreit ist, die so viel gerühmte Selbstverwaltung der Kommunen illusorisch zu machen und eine immer größere Bevormundung auf allen Gebieten einzutreten zu lassen.

Vor zwei Jahren wollte sie die Sparkassen zwingen, einen großen Teil ihrer Bestände in Wertpapieren, die Kurschwankungen unterliegen, anzulegen, was aber an dem berechtigten Widerstand des Preussischen Abgeordnetenhauses seinerzeit erfreulicherweise scheiterte.

Jetzt versucht die Regierung nun im Verwaltungswege — also unter Umgehung des Landtages — einen neuen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen, indem sie den Sparkassen vorschreibt, ihre flüssigen Gelder nur noch bei den staatlichen bzw. staatlich konzessionierten Instituten unterzubringen.

Das bedeutet ferner auch eine Hebelsteigerung der Privatbankiers, insbesondere der Bankiers in der Provinz, also eine Maßregel, für welche ein berechtigter Grund absolut nicht vorliegt.

Wenn man diese Ausschaltung der Bankiers etwa aus Gründen der Sicherheit vornehmen wollte, so ließe sich allerdings wenig dagegen einwenden. Aber solche Erwägungen können hierbei gar nicht zurande gelegen haben, denn die Privatbankiers müssen bei benutzten Kassen, deren Gelder sie in Verwahrung haben, laut Statut in den Geschäftsbüchern der Bank hinterlegen. Dieses Fund hat den Bestimmungen der Vormundschaftsordnung zu entsprechen und kann in Hypotheken oder Wertpapieren gehalten. Bestenfalls dürfen sogar nur bis drei Viertel des Kurswertes als Unterlage dienen.

Ohne derartige jedoch jetzt zu realisierendes Fund dürfen die Sparkassen kein Geld bei Privatbanken in Verwahrung geben, so daß eine Sparkasse aus einer solchen gut gebedeten Geschäftsverbindung wohl bisher noch niemals einen Verlust erlitten hat, noch je in Zukunft zu befürchten hätte.

Andererseits haben aber die Sparkassen, wie schon aus der oben abgedruckten Notiz ersichtlich, häufig ganz erhebliche Nutzen aus der Geschäftsverbindung mit Privatbanken, da sie in der Regel einen höheren Depozitszinsfuß gewähren als die staatlichen Institute. Dieser Punkt ist insofern sehr bedeutungsvoll für die Kommunen, als dieselben im Interesse ihrer Steuerträger auf möglichst hohe Ueberzuschüsse der Sparkassen naturgemäß großen Wert legen müssen.

Warum sollen also die Sparkassen langjährig bestehende Verbindungen lösen, die ihnen nur Nutzen gebracht haben?

Außerdem möge die Regierung auch bedenken, daß sie durch eine solche Maßregel selbstverständlich auch die Privatbankiers schädigt, wenn sie den Sparkassen vorschreibt, ihre Gelder nur noch bei staatlichen Instituten zu hinterlegen. Die soliden Provinzbankiers haben durch die scharfe Konkurrenz der Großbanken schon gerade genug zu leiden, daß es von Seiten der Regierung vermieiden werden sollte, diesen Stand noch mehr zu schädigen und unnötige Mißstimmung hervorzurufen.

Staat wie Kommune verlangen von dem Bankier erhebliche Steuern; infolgedessen ist es doch nur recht und billig, daß sie ihm auch Gelegenheit geben, mit der heimischen Kommunalsparkasse Geschäfte zu machen und nicht etwa alle Gelder nach Berlin abzuleiten. Die kommunalen Körperschaften tun gut, ihr Augenmerk auf diese wichtige Angelegenheit zu lenken und gegen eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes ein energisches Veto einzulegen!

Wohlangebrachte Spenden.

Zu Weihnachten sind der hiesigen Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit von einem ungenannten Gönner 100 Mk. von Frau Simon Lewin eine Zusammenstellung von 109 neuen Kleidungsstücken überwiesen worden.

Die Vereinigung, welche augenblicklich an beinahe 100 kranken die Mütter Geldbeihilfen zahlt, vielen freiwillig oder umsonst Kindermilch gewährt, sorgt dafür, daß fernliebende Gaben durch die Hand besonderer Vertrauenspersonen (der Helferinnen) an die richtigen Stellen gelangen. Insbesondere Geldzuwendungen kommen durch die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit am allerersten an solche, welche Hilfe dringend nötig haben, sich aber oft nicht dazu verstehen können, selbst bitten zu gehen. Im vorigen Jahre fiel der Gesellschaft eine Jubiläumsgiftung des Hauses Lewin in Höhe von 3000 Mk. zu.

Gerade erfahrenen Menschenfreunden, welche die Gefahr des Scharfens kennen, darf die Vermittlung der für die Hilflosesten sorgenden Vereinigung (Schlagmeister Geheimrat Lehmann, G. Etzinger, 19, Vorstehender Prof. v. Drigalski, Schmeierstr. 1) empfohlen werden.

Von der Polischen Aktien-Bierbrauerei.

Ueber das abgeschlossene Geschäftsjahr haben wir bereits vor einigen Wochen im Handelsteil berichtet, daß eine Dividende nicht verteilt werden kann. Die Verwaltung gibt jetzt in ihrem Geschäftsbericht dazu einige Erläuterungen, die wir des allgemeinen lokalen Interesses wegen an dieser Stelle wiedergeben. Es heißt in dem Bericht:

„Das letzte Geschäftsjahr wird für die Brauindustrie ein auf lange Zeit hinaus denkwürdiges sein. Die Industrie, die nun schon seit mehreren Jahren fortgesetzt durch neue Lasten beunruhigt wurde, erhielt einen neuen Schlag, indem die Brauereier einfach verdoppelt wurde, und zwar von 10 Mk. per 100 Kilo auf 20 Mk. Bis jetzt hatten die Brauereien versucht, die immerwährenden Verteuerungen aller Rohmaterialien durch Verbesserungen im Betriebe weit zu machen. Aber die neue Belastung läßt sich so nicht mehr ausgleichen und es mußte daher zu einer Verteuerung des Bieres geschritten werden. Die Erhöhung des Bierpreises beschwor aber einen Bierkrieg herauf, der auch jetzt noch nicht ganz beendet ist, insofern wenigstens, als der

Staschenbiermischg

nach immer nur die Hälfte beträgt gegen das Vorjahr. Im Monat August hatte er eine Minderung um 72 Proz. erfahren. Da auch die Witterung des ganzen Geschäftsjahres eine dem Bierkonsum durchaus ungünstige war, so ging der Absatz, wie in fast allen Brauereien, auch bei uns zurück. Dieser Minderabsatz in Verbindung mit den seit Jahren nicht erreichten hohen Getreide- und Malz-, auch Hopfenpreisen, und den wiederum gesteigerten Löhnen beeinflussten den Gewinn außerordentlich.

Wie in jedem neuen Betriebe, so stellten sich auch bei uns einige Kalamitäten ein, die nicht vorzuziehen waren.

Vor allen Dingen genigte die angeführte Wasserpumpe nicht, da das Wasser bei dem kolossalen Verbrauch sich so tief senkte, daß eine Tiefstrumpenpumpe beschafft werden mußte. Während der Herstellung und des Einbaues der Pumpe, was gerade im Hochsommer geschehen mußte, weil sich zu dieser Zeit das Senken des Wasserpiegels bemerkbar machte, mußten wir zum ganzen Betriebe das Wasser der Wasserleitung entnehmen und entstanden dadurch natürlich ziemlich hohe Kosten.

Das Gebäudekonto Desfaucerkraße ist nunmehr mit dem Grundstückkonto Desfaucerkraße verflochten. Die Erhöhung auf diesem Konto ist durch die Zuführung der Straßenausbauforderungen bedingt. In Quersicht wurde wieder ein kleines Haus verkauft. Das Grundstückkonto Bülbergewer wurde mit dem Neubaufkonto verflochten und dann der Wert des Grundstücks ohne Gebäude auf ein besonderes Konto gebracht. Dem Grundstückkonto „Prinz Karl“ sind die Aufwendungen für den ausgeführten Umbau belastet worden. Die Konten: Maschinenkonto und Kühlungsanlagekonto sind mit dem des Neubaus verbunden worden. Auf Hypothekenkonto Nr. 10 sind größere Beträge nach Kündigung unsererseits eingegangen.

Grundstück Desfaucerkraße

Im dem Grundstück Desfaucerkraße sind im Laufe des Jahres die Brauereigebäude niedergelegt und die Auffüllung und Herstellung des Straßenertrains beendet worden. Die Auffüllung des letzteren an die Stadt ist geschehen, die Straßenausbauforderungen bezahlt, und zwar mit ca. 82 000 Mk. Von den 35 Baustellen sind 5 fast verkauft, mit 6 Reststellen stehen wir in Unterhandlung.

Auch in diesem Jahre war es uns noch nicht möglich, eine Hypothek oder Anleihe in entsprechender Höhe zu beschaffen. Wie schon erwähnt und im Vorjahre vorausgesehen,

Ueber 1200 fertig gerahmte Bilder am Lager!

In jeder Preislage und in allen Ausführungen als:

Ölgemälde — Aquarelle — Kupferstiche — Radierungen — Facsimilegravuren etc.

Geschenkliteratur — Klassiker — Jugendschriften

in reicher Auswahl.

Tausch & Grosse, Kunsthandlung.

Buchhandlung.

Gr. Ulrichstrasse 38.

Halle a. S.

Fornruß 483.

wurde der Gewinn durch alle im Betriebsjahre eingetretene unglückliche Verhältnisse stark beeinträchtigt. Der Bruttogewinn betrug 149 836,83 Mk. Und der Nettogewinn, das auch in schlechteren Jahren die Abschreibungen reichlich vorgenommen werden müssen und brachten wir deshalb 102 965,03 Mk. zur Abschreibung, so daß ein Reingewinn von 46 901,80 Mk. verbleibt.

Die Verteilung des Reingewinnes schlagen wir in folgender Weise vor: Reingewinn 46 901,80 Mk., davon ab vorläufiger Gewinnvortrag 824,11 Mk., verbleiben 36 607,69 Mk., davon ab der Reservefonds (5 Proz.) 1830,38 Mk. und Gratifikationen 2000 Mk. (zusammen 9833,98 Mk.), verbleiben 28 677,31 Mk., dazu vorläufiger Vortrag 824,11 Mk., in Summa 36 671,42 Mk.

In Anbetracht der außerordentlichen schlechten Geschäftslage schlagen wir vor, von diesem Ueberschuß auf Debitoren 30 000 Mk. abzuschreiben, den Rest von 6671,42 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Für das laufende Geschäftsjahr läßt sich natürlich schwer etwas vorhersehen. Ein Vorzeil ist dem abgelaufenen Jahre gegenüber dadurch vorhanden, daß die Beste wesentlich billiger ist. Dagegen ist der Dopfen sehr im Preise, doch sind wir mit Vorräten noch genügend versehen. Selbige es uns, einen größeren Teil unserer Baustellen zu verkaufen, so werden wir am Finis erheblich sparen.

Wir dürfen deshalb hoffen, daß das neue Jahr wieder ein normales werden wird, wenn der Umsatz durch Winterkonsum nicht noch weiter erheblich zurückgeht.

Eine Wirtin

hat sich in der Nacht zum Sonnabend in der Dorfstraße erdrosselt. Der Arbeiter Haller tötete seinen Schwager, den Arbeiter Pechel durch Messerstiche.

Pechel, der in Begleitung seiner Frau war, traf Haller in einer Gastwirtschaft. Als die Gemüter schon durch Alkohol erhitzt waren, entstand ein Streit, weil Pechel seinem Schwager, der mit einem Gelde sprach, verwehrt zurück: er solle lieber mehr für seine Familie sorgen. Haller fiel nachher draußen auf der Straße wütend über Pechel her, den er zur Erde warf. Als dieser wieder aufsprang und ihn schütteln wollte, stach der Wütende blindlings mit dem Messer auf ihn los. Pechel verlor die Hand in den Armen seiner Frau.

Haller wurde dabei in seiner Wohnung verhaftet; vorher hatte er noch seine Hut in schweren Mißhandlungen an seiner Familie ausgelassen.

Zum Besten des Handlungsgehilfen-Erholungsheims.

Am 1. Januar befehlt der Verein für Handlungs-Commiss von 1888, Bestel Halle, in sämtlichen Räumen der Doze zu den 5 Tünnen ein Wohltätigkeitsfest, bestehend aus Konzert und Ball. Der Eintritt soll zum Besten des Erholungsheims verwendet werden. Im Konzert werden namhafte Künstler mit, für den 2. Teil ist „Julchen“ von Wilhelm Busch mit Lichtbildern vorgesehen.

Eine ganz besondere Anziehungskraft läßt die in Aussicht genommene Lotterie aus. Die Damen des Vereins tätigen Handarbeiten; es sind schon eine stattliche Anzahl an teilmweise prächtiger Ausführung abgeliefert. Aber auch eine große Anzahl billiger Firmen lassen es sich nicht nehmen, kostbare Stiftungen zu machen, so daß der Ertrag für das in der Lüneburger Heide zu erbauende Erholungsheim recht gut zu werden verspricht.

Zur Mühseligkeit des 25-Jährigen-Stückes. Der Kassierer einer größeren Bank, der in den letzten Tagen häufig Gelegenheit hatte, mit den neuen 25-Jährigen-Stücken zu spielen, schreibt uns: „In den meisten Fällen haben die Empfänger auf 1 Mark herausgegeben, und wenn dann das Bankstück das Kleingeld befehlt, schilt es über die unpraktische Münze. Im Interesse des Geldverkehrs wäre es wünschenswert, daß diese Art Geldstücke nicht weiter in den Verkehr gebracht würden, denn sie werden nur Anlaß zu Ärger und Verdrüß durch Verwechslung geben.“

Das Pantomime spielt heute die Kapelle unserer Artillerie auf dem Friedhof nach folgendem Programm: Der Kaiser, Marsch von Eilenberg; Ouverture zur Oper „König Raymond“ von Thomas; Graziantanze, Walzer von Hise; „Caraboo“, Intermezzo von Geller; Walters Preislied aus „Meistertrug“ von Wagner; Marsch des früheren Hannoverischen Garde-Regiments.

Die „Kabensteinerin“ ging gestern Abend wieder einmal in der früheren bewährten Besetzung der Hauptrollen in Szene. Für Herrn Hellmuth Pfund, der leider erkrankt ist, spielte Herr Ernst Altes (Leipzig) als Gast seine alte Rolle als Bartomeo Messer der Sohn, und an Stelle des Gastes in der vorigen Aufführung Fräulein Wanda Hilberer stand Fräulein Susanne Kronow (Berlitz) wieder auf der Szene. Das Gelingen der Aufführung war damit schon gesichert. Herr Altes gab sein Bestes; er war ein trauriger junger Bester, so ganz ein Feuerkopf, wie Widenbruch ihn will, ein junger „Mitter“. Fräulein Kronow's „Kabensteinerin“ bedarf keines Lobes mehr. Sie trägt das Stück, sie gibt dem Stücke Blut und Leben. Das für die vorweihnachtliche Zeit gut besuchte Haus sollte dem Spiel und den Hauptdarstellern reichlich Beifall. (Morgen Abend noch ein paar Worte über die Aufführung.) Sch.

Neues Theater. Heute Sonntag gelangen wiederum zwei Vorstellungen zur Aufführung, und zwar nachmittags 4 Uhr bei kleinen Preisen Herrn Sudermann's „Johann-Seiner“, während am Abend 8½ eine Doppelvorstellung der einfachen Preisen, zuerst Max Halbes dreifaches Liebesdrama „Jugend“, und hierauf Oskar Blumenthals Lustspiel „Mitteln in 3 Akten“, zwischen „Ja und Nein“, in Szene geht. Montag gelangt Henri Batailles „Das nackte Weib“ zur Aufführung. Der nächste Familienabend bringt Max Halbes „Jugend“.

Der „Allgemeine Bürgerverein für städtische Interessen“ teilt uns mit, daß die für Montag, den 20. Dezember er., angelegte allgemeine Mitgliedsversammlung im Rathsaal nicht stattfindet. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Festtage und den dadurch zu erwartenden schwachen Besuch werde eine Verammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung im Januar stattfinden.

Entomologische Gesellschaft. Montag, den 20. Dezember, abends 8½ Uhr, findet im Kolonialzimmer des Reichshofes eine Sitzung mit Vortrag und Demonstrationen statt. Gäste sind willkommen.

Stroffammer.

Salle a. S., 18. Dezember 1908.

Gemeinden und Fiskus.

Im Juni d. J. waren im „Merseburger Korrespondenten“ zwei Artikel veröffentlicht worden, die unter der Spitzmarke:

„Zum Kampfe der Bürger Dürrenbergs mit dem Salinenfiskus“ an der Vermaltung des dortigen Goldbades, namentlich in bezug auf Reinigung, Sperrung und Beleuchtung der Bahnhofstraße, scharfe Kritik übten.

Im ersten Artikel wurde u. a. gesagt, der Zustand der jahrelang in Schmutz belassenen Straße sei so schlimm, daß Badegäste bei ihrem Anblick voller Abscheu sofort wieder umgekehrt und abgereist seien. Die Badedirektion würde leider keinen Sinn dafür zu haben, daß sie sich durch diese lächerliche, geradezu schändliche Unterlassungen lächerlich mache. Auch das Hallische Oberbergamt habe auf die Mißstände Dürrenbergs keine Schritte zur Besserung der Mißstände getan.

Im zweiten Artikel wurde dem Salinendirektor Engelske vorgehalten, er habe die in einem Briefe, der wegen der Reinigung der Bahnhofstraße zwischen der Gemeinde Rößitz und dem Fiskus beziehungsweise dem Regierungspräsidenten kämte, im Dezember 1908 noch dem Oberverwaltungsgericht die unrichtige amtliche Erklärung abgegeben, diese Straße sei noch nie von der Salinenverwaltung gereinigt worden. Eine solche Angabe sei zum mindesten fahrlässig falsch. Ob das Hallische Oberbergamt so verfahren sei von Kräften, daß es für Herrn Engelske seinen Erlaß finden könne, sondern ihn noch immer weiter wirksam lasse? Die schwächliche Duldung des unbilligen Verhaltens eines öffentlichen Beamten müsse ihn nur in seinem gemeinschaftlichen Tun und Lassen bekräften.

Wegen dieser Artigkeit war gegen den verantwortlichen Redakteur Klage wegen Beleidigung der Salinenverwaltung und des Oberbergamtes erhoben worden. Der Angeklagte erklärte vor der Stroffammer, die Artikel seien ihm von vertrauenswürdigem Seite zugegangen. Was in ihnen behauptet sei, könne bewiesen werden. Was sich aber etwa als falsch herausstelle, sei er selbstverständlich bereit, zurückzunehmen.

Zunächst wurde aus dem Akten des Oberverwaltungsgerichtes festgestellt, daß der Salinendirektor vor diesem seine Erklärung abgegeben hat. Nur das Oberbergamt hatte eine Erklärung eingereicht auf Grund eines Verlanges des Salinenrichters.

In seiner Auslage vor der Stroffammer befandete

Bergamt Engelske

folgendes: Das Goldbad Dürrenberg sei ihm als Inhaber des Salzamtes unterstellt. Er sei seit 1901 Direktor. Die Bahnhofstraße liege in Rößitzer Pflanz, gehöre aber seit 1880 dem Fiskus. Dieser wolle sie nicht allein unterhalten, sondern mit den Gemeinden zusammen. Es habe sich daher Streit ergeben, aber nur um die bauliche Unterhaltungsfrist, nicht auch um die Reinigungs- und Beleuchtungsfrist. Die Reinigung sei vom Fiskus seit 1880 erfolgt und werde; einstweilen sei überzogen an ihn überhand zu sein. Im Jahre 1904 erließ der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Reußberg eine Polizeiverordnung, die die Anlieger der Straße verpflichtete, nur ihren Grundbesitz für sie säufte zu reinigen. Infolge dieser Verordnung habe auch die Saline an der Straßenreinigung teilgenommen. Als aber im Jahre 1906 die Verordnung infolge eines Prozesses für rechtsunfähig erklärt worden sei, habe die Saline die Reinigung wieder eingestellt. Er persönlich habe sich über den Schmutz, der sich seitdem aufgehäuft habe, auf geirgt.

Der Zustand sei ziemlich häßlich geworden, das gebe er ohne weiteres zu. Er habe aber trotzdem nicht reinigen lassen, um während des Prozesses zwischen der Gemeinde Rößitz und dem Fiskus nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß die Saline die Reinigungsfrist habe. — Auch die mangelhafte Beleuchtung der Straße habe er nicht eben schon gefunden. Aber seine Vorschläge, gemeinsam zur Beleuchtung beitragen zu wollen, seien von den in Frage kommenden Gemeinden abgelehnt worden.

In den unter Anklage gestellten Artikeln waren auch Zweifel erhoben worden, ob die behauptete

bedeutende Kurztage

ordnungsmäßig verwendet werde. Zu diesem Vorwurf äußerte sich der Direktor dahin: die Beobachtung von Windsturm genehmigt, die Kurztage erheime mit im Etat. Während seiner Direktion sei die Tage nur einmal erhöht worden, wegen Erweiterung der Badeanlagen. Ueberhaupt habe er im Bade Jahre arbeiten lassen, daß alle Einnahmen dafür verwendet und noch in keinem Jahre ein Ueberschuß erzielt sei. Die Gemeinden zahlten keinen Zuschuß zum Unterhalt des Bades. Der bei weitem größte Teil der Badesgebühren wolle angehört Dürrenbergs. Die Gemeinde Reußberg erhebe jetzt sogar eine eigene Aufschlagsgebühr für Fremde.

Die Auslagen der Gemeindevorsteher von Rößitz und Reußberg waren kurz und ohne Belang. Wichtiger waren dagegen die Angaben des praktischen Arztes

Dr. Max Seewitz.

Dieser ist Mitglied der Gemeindevertretung von Reußberg und hat eine Denkschrift über Bad Dürrenberg veröffentlicht. Er behauptet, daß Badegäste wegen des Schmutzes der Bahnhofstraße, der allgemein als unangenehm empfunden worden sei, fast nicht mehr abgereist seien. Der Vorschlag zu gemeinsamer Beleuchtung der Straße sei allerdings von der Saline gemacht worden, sie habe aber selbst fast nichts zu den Kosten beizutragen wollen. Die Kurztage sei immer erhöht, die Leistungen dagegen, z. B. in Veranstaltung von Konzerten, Feuerwerken u. dergl., immer geringer geworden. Und doch müsse sich der Ertrag der Kurztage auf jährlich 10 000 bis 12 000 Mark belaufen. Wegen der Straßenreinigung habe zwischen Saline und Gemeinde eine ewige Hin- und Herzererei stattgefunden. In der Regel habe der Ruz- und Beleuchtungsverein aus eigenen Mitteln für notdürftige Sperrung gelohnt.

Die Artikel im „Merseburger Korrespondenten“ haben die gute Wirkung

gehabt, daß seit September für die Bahnhofstraße Gasbeleuchtung auf gemeinsame Kosten der Saline und der in Frage kommenden Gemeinden hergestellt ist. Auch für Bestattung der übrigen Mängel ist das Erforderliche geschehen.

Der Vertreter des angeklagten Redakteurs erklärte es für einen unbilligen Standpunkt, daß die Saline die Kurztage für sich allein eingezogen habe, die Kosten des Bades aber nur gemeinsam mit den Gemeinden habe tragen wollen. Ueber diese Angelegenheit seien die Gemeinden mit der Zeit in sehr heftige Erörterung geraten. Aus dieser begrifflichen Erregung seien die unter Anklage gestellten Artikel entstanden und demgemäß zu beurteilen.

Die Stroffammer kam zu der Ansicht, daß die Artikel in Wahrnehmung berechtigter Interessen

verfaßt und veröffentlicht seien, in der Form aber viel zu weit gingen. Der Angeklagte wurde daher der Beleidigung des Salinenrichters und des Oberbergamtes schuldig gefunden und zu 300 Mk.

Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 600 Mark beantragt.

Zum Tode verurteilt wurde vom Schörrichter in Prag der Tischlergeselle Hammerschmidt. Er hatte im September die 72jährige Witwe Kämpfe in Plauen i. S. ermordet und verbrannt. Nach der Tat war er nach Emsdorf bei Prag, von wo er flüchtete, entflohen.

Letzte Nachrichten.

Selbstmord eines Offiziers.

□ Berlin, 18. Dez. (Privat-Telegramm.) Erfolgreich hat sich heute der Oberleutnant L. von der Militärischen Akademie. Der Bursche fand ihn in seiner Wohnung mit durchschossener Schläfe auf. Ein hingurserener Arzt konnte nur den Tod feststellen. Zur Feststellung der Motive, die den Offizier zum Selbstmord getrieben haben, ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Wie verlautet, kommen in dieser Affäre gewisse kriegsähnliche Handlungen in Betracht, die eine militärische Verfolgung nach sich gezogen hätten.

Gute Leute.

H. Dortmund, 18. Dez. In vergangener Nacht wurde von Dieben in einer Wollkerei der Goldschrank erbrochen und 12 000 Mk. geraubt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Die Reform der Geschäftsordnung im österr. kais. Reichsrat.

H. Wien, 18. Dez. Nachdem die Abgeordneten Kretz und Kramarz ihre Anträge zur Reform der Geschäftsordnung begründet hatten, erklärt Ministerpräsident Vizeith, die Regierung treue sich, daß die Reform aus dem Hause selbst hervorgegangen sei. Die Regierung werde ein rasches Zustandekommen der Reform in beiden Häusern tunlichst fördern und erhoffe, daß diese einen Ausgangspunkt der fruchtbarsten Tätigkeit des Hauses bilden werde. Wie verlautet, soll das Gesetz bereits am Montag nachmittag im Herrenhaus erlegt werden, am Dienstag verlaucht und am Mittwoch im Abgeordnetenhaus genehmigt werden.

H. Wien, 18. Dez. Der Kaiser betraute in der heutigen Audienz den früheren Finanzminister Bucacs und den Grafen Herberstorfer mit der Mission, in Budapest Informationen hinsichtlich der Lösung der ungarischen Krise einzuholen.

W. Wien, 18. Dez. (Privat-Telegramm.) Da das Parlament wieder arbeitsfähig ist, wurde das Herrenhaus für den 20. Dezember einberufen.

Die Beisehung Leopold II.

H. Brüssel, 18. Dez. Bis jetzt sind nachfolgende Delegationen angelehnt, die bei der Beisehung des Königs anwesend sein werden: Prinzregent von Bayern, Prinz Johann Georg als Vertreter des Königs von Sachsen, Baron Eppinghausen als Vertreter des Herzogs von Sachsen-Koburg und Infant Don Carlos als Vertreter des Königs von Spanien.

König Leopolds Erbe.

H. Brüssel, 18. Dez. Es ist klar, daß die 15 Millionen, die von dem verstorbenen König hinterlassen sind, nur einen ganz geringen Teil des Vermögens decken. Das Vermögen König Leopolds besteht fast nach allgemeiner Schätzung auf 300 bis 350 Millionen. Der König, der niemals wollte, daß das Mobiliar seines Schlosses unter den Siegel des Gerichtsvollziehers komme, hat bekanntlich seinen Bestand begonnen und als dieser nicht schnell genug war, sich ging eine Aktiengesellschaft dafür begründet. Es ist aber Tatsache, daß bis heute noch jeder Anhaltspunkt fehlt, wo die 150 Millionen hingelommen sind. Die Baronin Vaughan hat ca. 30 Millionen, sowie Eigenschaften im Silber, Fremdwährungen und die Villa Watkinson erhalten. Wenn auch das Vermögen der Baronin Vaughan rechtlich bestritten werden kann, bleibt der Hauptteil desselben doch unantastbar.

H. Brüssel, 18. Dez. (Meldung von Louis Girard's Depeschenbureau.) Der Baronin Vaughan ist es durch richtigeren Anspruch gelungen, die Wagnahme der Villa zu injizieren. Das Gericht hat entschieden, es sei nicht ermiein, daß die Villa der Baronin zum künftigen Eigentum gehöre.

Antiserbo-kroatische Demonstrationen.

Sabapeth, 18. Dez. In Ygram fanden neue Demonstrationen gegen die serbisch-kroatische Reaktion statt, denen die Polizei ein Ende machen mußte. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Verurteilte Bankräuber.

H. Genua, 18. Dez. Das Schörrichter verurteilte die russischen Bankräuber Kirovi zu lebenslänglichem, Kinnosti zu 15 Jahren Zuchthaus. Arividi wurde freigesprochen.

Die Revolution in Nicaragua.

W. New York, 18. Dez. Der amerikanische Botschafter Caldera telegraphisch aus Managua (Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Nicaragua), daß amerikanische Bürger in Gefahr seien, worauf die Bundesregierung den Kreuzer „Buffalo“, der mit 700 Seelente von Manilla liegt, den Befehl erteilt, sofort nach Corinto abzugehen.

„Elberfall und Feenhaar“, der ideale Schmutz des Weisheitsbaumes. Ein Libretto wegen durchdringt die Zwänge der Jahre, die mit dem von der Firma Kitzler seit Jahren eines schürzen „Elberfall“ geschmückt ist. Eine reizende Erzählung bildet das neudruckende sehr in Aufnahme getommene „Feenhaar“, eine unerreichte Glasnost. Wer mit wenigem Mitteln eine wunderbare Schmückung des Baumes erzielen will, der laufe „Elberfall“ und „Feenhaar“ bei C. F. Kitzler, Leipzigerstraße 90.

